



DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
 DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
 DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN
 DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE
 DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT
 DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
 DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE UND FRAUEN

Nr. 8

München, 30. August 2010

23. Jahrgang

Inhaltsübersicht

Datum		Seite
I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblattes aufgenommen werden		
Bayerische Staatskanzlei		
02.08.2010	2251-S Wahlen zum Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks und zum Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien	202
Bayerisches Staatsministerium des Innern		
16.07.2010	2330-I Änderung des Bayerischen Zinsverbilligungsprogramms zur Förderung von Eigenwohnraum ...	203
Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen		
29.07.2010	2231-A Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG –	203
29.07.2010	360-A Änderung der Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten	203
II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblattes aufgenommen werden		
Bayerische Staatskanzlei		
28.07.2010	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mulugeta Zewdie Michael	205
29.07.2010	Erteilung eines geänderten Exequaturs	205
29.07.2010	Berichtigung der Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei über die Erteilung eines Exequaturs an Herrn Faket Kajtazi	205
Bayerisches Staatsministerium des Innern		
21.07.2010	Feuerwehr-Aktionswoche 2010	206
III.	Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen	entfällt
IV.	Nichtamtliche Veröffentlichungen	
	Stellenausschreibungen	207
	Literaturhinweise	208

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblattes aufgenommen werden

2251-S

Wahlen zum Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks und zum Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 2. August 2010 Az.: A IV 6-450600-10-97

I.

1. Gemäß § 4 der Verordnung über die Wahlen zum Rundfunkrat und zum Medienrat (BayRS 2251-1-1-S), zuletzt geändert durch § 1 der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Wahlen zum Rundfunkrat und zum Medienrat vom 10. Mai 2004 (GVBl S. 173), wird das Verzeichnis der Organisationen, die berechtigt sind, an den Wahlen zum Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks und zum Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien teilzunehmen, bekannt gegeben.
2. Die Zusammensetzungen des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks und des Medienrats der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien ergeben sich aus Art. 6 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“ (Bayerisches Rundfunkgesetz – BayRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (GVBl S. 792, BayRS 2251-1-S), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2009 (GVBl S. 609), und aus Art. 13 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Entwicklung, Förderung und Veranstaltung privater Rundfunkangebote und anderer Telemedien in Bayern (Bayerisches Mediengesetz – BayMG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (GVBl S. 799, BayRS 2251-4-S), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2009 (GVBl S. 609).
3. Soweit die entsendungsberechtigten Organisationen ausdrücklich in Art. 6 Abs. 3 Satz 1 BayRG und Art. 13 Abs. 1 Satz 1 BayMG genannt sind, wird darauf verwiesen.
4. Unter Bezugnahme auf Art. 6 Abs. 3 Satz 1 BayRG und Art. 13 Abs. 1 Satz 1 BayMG sind folgende Organisationen wahlberechtigt:

zu Nr. 4:

Gewerkschaften:

Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Bayern
Bayerischer Beamtenbund e. V. im Deutschen Beamtenbund – Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes –

Industrie- und Handelskammern:

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag

Handwerkskammern:

Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern

zu Nr. 7:

Arbeitsgemeinschaft Katholischer Frauen Bayerns
Evangelische Frauenarbeit in Bayern
hinsichtlich Gewerkschaften siehe zu Nr. 4

zu Nr. 10:

Schriftsteller-Organisationen:

Verband deutscher Schriftsteller in ver.di Landesbezirk Bayern

Freier Deutscher Autorenverband Landesverband Bayern e. V.

Komponisten-Organisationen:

Deutscher Komponistenverband e. V. Landesverband Bayern

Musik-Organisationen:

Die im Bayerischen Musikrat e. V. vertretenen Organisationen mit Ausnahme der Komponisten-Organisationen

zu Nr. 11:

Intendanten der Bayerischen Staatstheater:

Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bayerische Schauspielsbühnen:

Deutscher Bühnenverein Landesverband Bayern

zu Nr. 13:

Universität Bayern e. V.

Hochschule Bayern e. V.

zu Nr. 14:

Lehrerverbände:

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V.

Bayerischer Philologenverband e. V.

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e. V.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Bayern

Katholische Erziehergemeinschaft in Bayern e. V.

Bayerischer Realschullehrerverband e. V.

Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e. V.

Verband Sonderpädagogik Landesverband Bayern e. V.

Elternvereinigungen:

Landeselternverband Bayerischer Realschulen e. V.

Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern e. V.

Katholische Elternschaft Deutschlands Landesverband Bayern

Bayerischer Elternverband e. V.

Landeselternvereinigung der Wirtschaftsschulen in Bayern e. V.

Freie Elternvereinigung in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern e. V. FEE

Landeselternvereinigung der Fachoberschulen Bayerns

Organisationen der Erwachsenenbildung:

Bayerischer Bibliotheksverband e.V.

Bayerischer Volkshochschulverband e.V.

Bayerischer Volksbildungsverband e.V.

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Bayern e.V.

Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern e.V.

Sankt Michaelsbund Landesverband Bayern e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Büchereien in Bayern (LAG)

zu Nr. 16:

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen in Bayern

II.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2010 in Kraft. Mit Ablauf des 31. August 2010 tritt die Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei über die Wahlen zum Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks und zum Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien vom 14. Mai 2007 (AllMBl S. 275, StAnz Nr. 21, ber. Nr. 24) außer Kraft.

Karolina Gernbauer
Ministerialdirektorin

2330-I

Änderung des Bayerischen Zinsverbilligungsprogramms zur Förderung von Eigenwohnraum

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
des Innern**

vom 16. Juli 2010 Az.: IIC1-4764.6-001/10

I.

Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 3. Januar 2005 (AllMBl S. 9), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 5. Januar 2009 (AllMBl S. 70), wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 5 Satz 2 wird nach dem Wort „um“ das Wort „mindestens“ eingefügt.
2. In Nr. 8.2 Satz 2 wird die Angabe „um 0,5 %“ gestrichen.

II.

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 20. Juli 2010 in Kraft.

Joachim Paas
Ministerialdirigent

2231-A

Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG –

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen**

vom 29. Juli 2010 Az.: VI4/6512.01-1/26

Gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes – BayKiBiG – vom 8. Juli 2005 (GVBl S. 236) gibt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen unter Berücksichtigung der Entwicklung der Personalkosten den für die Berechnung der kindbezogenen Förderung maßgebenden Basiswert bekannt.

Der Basiswert beträgt bei einer täglichen Buchungszeit von mehr als drei bis einschließlich vier Stunden

848,27 €

für die Endabrechnungen der kindbezogenen Förderung für den Zeitraum vom 1. September 2009 bis 31. August 2010 und

879,01 €

für die Förderabschläge vom 1. September 2010 bis 31. August 2011.

Bei der Festlegung des Basiswertes für die Endabrechnungen der Förderabschläge vom 1. September 2009 bis 31. August 2010 wurden die Tarifsteigerungen und die Entwicklung der Entgeltnebenkosten berücksichtigt.

Seitz
Ministerialdirektor

360-A

Änderung der Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen**

vom 29. Juli 2010 Az.: Z3/0063.07-1/3

Die Bundesrepublik Deutschland und die Länder haben eine Bekanntmachung über die Änderung der Vereinbarung über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten getroffen (veröffentlicht als Anlage zur Bekanntmachung vom 27. Juli 2001, AllMBl S. 318). Diese Änderungen, die nach Nr. 2 Satz 1 der Änderungsvereinbarung am 1. Januar 2010 in Kraft getreten sind, werden hiermit bekannt gemacht (Anlage).

Seitz
Ministerialdirektor

**Vereinbarung des Bundes und der Länder über die Änderung
der Vereinbarung über den Ausgleich von Kosten in Verfahren
vor den Gerichten**

1. Die Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten in der am 1. Juli 2001 in Kraft getretenen Fassung wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Die Überschrift in Abschnitt II. wird wie folgt geändert:
 - a) Das Wort „Prozesskostenhilfe“ wird durch die Worte „Verfahrens- oder Prozesskostenhilfe“ ersetzt.
 - b) Die Angabe „§ 625 ZPO“ wird durch die Angabe „§ 138 FamFG“ ersetzt.
 - 1.2 Abschnitt IV. Nr. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Das Wort „Prozesskostenhilfe“ wird durch die Worte „Verfahrens- oder Prozesskostenhilfe“ ersetzt.
 - b) Die Angabe „§ 130 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte“ wird durch die Angabe „§ 59 RVG“ ersetzt.
 - 1.3 In Abschnitt VI. wird jeweils das Wort „Prozesskostenhilfe“ durch die Worte „Verfahrens- oder Prozesskostenhilfe“ ersetzt.
2. Diese Änderungsvereinbarung tritt mit dem Ersten des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem die letzte unterzeichnete Vereinbarung beim Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eingegangen ist, jedoch nicht vor dem 1. September 2009. Das Bayerische Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz teilt den anderen Beteiligten den Zeitpunkt des Eingangs der letzten unterzeichneten Änderungsvereinbarung mit.

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblattes aufgenommen werden

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mulugeta Zewdie Michael

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 28. Juli 2010 Az.: Prot 020170-5-33

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien in Frankfurt am Main ernannten Herrn Mulugeta Zewdie Michael am 12. Mai 2010 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und den Freistaat Bayern.

Axel Bartelt
Ministerialdirigent

Erteilung eines geänderten Exequaturs

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 29. Juli 2010 Az.: Prot 020178-5-6-7

Die Bundesregierung hat der Höherstufung des Honorarkonsuls von Irland in München sowie der Änderung seines Konsularbezirks zugestimmt und Herrn Erich Lejeune am 16. Juli 2010 das geänderte Exequatur als Honorargeneralkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst nunmehr die Freistaaten Bayern und Thüringen.

Axel Bartelt
Ministerialdirigent

Berichtigung der Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei über die Erteilung eines Exequaturs an Herrn Faket Kajtazi

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 29. Juli 2010 Az.: Prot 020180-22-1-1

Die Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei vom 21. Juni 2010 (StAnz Nr. 26, AllMBl S. 198) wird wie folgt berichtigt:

Die korrekte Schreibweise des Namens des Leiters der berufskonsularischen Vertretung der Republik Kosovo in Stuttgart lautet Faket Kajtazi.

Axel Bartelt
Ministerialdirigent

Feuerwehr-Aktionswoche 2010

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

vom 21. Juli 2010 Az.: ID1-2237-38

An die Regierungen

die Landratsämter

die Gemeinden

die Präsidien der Bayerischen Polizei

das Bayerische Landeskriminalamt

die Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehr-
alarmierung/Rettungszweckverbände

Die diesjährige Aktionswoche der bayerischen Feuerwehren findet in der Zeit vom 18. bis 26. September 2010 statt.

Das Motto der diesjährigen Aktionswoche lautet:

„Ihre Feuerwehr – zupacken statt zuschauen!“

Im Einzelnen wird zur Aktionswoche 2010 auf Folgendes hingewiesen:

1. Die zentrale Eröffnungsveranstaltung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V. wird am 18. September 2010 in Rosenheim stattfinden.
2. Der Landesfeuerwehrverband Bayern e.V. wird zur Aktionswoche Plakate und ein Themenheft herausgeben.
3. Für die Jugend in der Feuerwehr wird wieder ein Wissenstest durchgeführt. Zur Vorbereitung auf die Fragen des Testblattes wurde ein Wissensgebiet aus dem Feuerwehrwesen besonders aufbereitet und behandelt (siehe Einhefter in *brandwacht*-Heft 1/2010). Feuerwehranwärterinnen und Feuerwehranwärter, die erfolgreich am Wissenstest teilnehmen, erhalten als Anerkennung

eine Plakette, die zur Dienstkleidung getragen werden kann.

4. Die Feuerwehren sollen im Rahmen der Aktionswoche geeignete Veranstaltungen (z. B. Einsatz-, Lehr- und Schauübungen, Besichtigungen, Vorführungen, Ausbildungs- und Informationsveranstaltungen, Filmvorführungen, Werbefahrten, Tage der offenen Tür) durchführen. Ziel aller Veranstaltungen der diesjährigen Aktion sollte entsprechend dem Motto insbesondere sein, aufzuzeigen, dass Feuerwehrleute in einem Schadensfall oder bei einer sonstigen Notsituation nicht zuschauen, sondern couragiert die Initiative ergreifen, zupacken und helfen.
5. Presse, Hörfunk und Fernsehen sollen zu den Veranstaltungen der Feuerwehren anlässlich der Aktionswoche 2010 eingeladen und gebeten werden, die Anliegen der Aktionswoche zu unterstützen und zu verbreiten. Träger der Veranstaltungen zur Aktionswoche sind die Feuerwehren. Überörtliche Veranstaltungen werden von den Stadt- und Kreisbrandräten oder -inspektoren durchgeführt.
Die Gemeinden und Landratsämter werden gebeten, die Kommandanten bzw. die Stadt- und Kreisbrandräte über diese Bekanntmachung zu unterrichten und sie bei ihren Vorhaben zu unterstützen.
6. Die Polizei wird gebeten, im Rahmen ihrer Aufgaben die Veranstaltungen aus Anlass der Aktionswoche, soweit notwendig und möglich, zu unterstützen. Hierzu werden die Feuerwehren zeitgerecht mit der Polizei in Kontakt treten.
7. Die im Rettungsdienst mitwirkenden Organisationen werden gebeten, die Darstellung des Zusammenwirkens von Rettungsdienst und Feuerwehr zu unterstützen.

Günter S c h u s t e r
Ministerialdirektor

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibungen

Die Stelle der **Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Bayerischen Landessozialgerichts** (BesGr R 4) ist demnächst neu zu besetzen.

Bis zum **17. September 2010** können auf dem Dienstweg Bewerbungen bei der Präsidentin des Bayerischen Landessozialgerichts eingereicht werden.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der/des Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) sowie auf die Möglichkeit einer Ermäßigung des Dienstes unter den gesetzlichen Voraussetzungen des BayRiG wird hingewiesen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Es sind demnächst zwei Stellen für **Richterinnen/Richter am Bayerischen Landessozialgericht** (BesGr R 2) neu zu besetzen.

Bis zum **17. September 2010** können auf dem Dienstweg Bewerbungen bei der Präsidentin des Bayerischen Landessozialgerichts eingereicht werden.

Die Bereitschaft zu einer evtl. Tätigkeit bei der Zweigstelle des Bayerischen Landessozialgerichts in Schweinfurt wird vorausgesetzt.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der/des Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) sowie auf die Möglichkeit einer Ermäßigung des Dienstes unter den gesetzlichen Voraussetzungen des BayRiG wird hingewiesen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die Stelle der **Direktorin/des Direktors des Arbeitsgerichts Weiden** (BesGr R 2) ist demnächst neu zu besetzen.

Bis zum **17. September 2010** können auf dem Dienstweg Bewerbungen beim Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Nürnberg eingereicht werden.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der/des Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) wird hingewiesen. Die Stelle ist aufgrund der besonderen Aufgabenstellung und der Amtsgebundenheit dieser Leitungsfunktion nicht teilzeitfähig.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

Giesecking Verlag, Bielefeld

Albrecht/Albrecht, **Die Patientenverfügung**, 2009, XXIII, 121 Seiten, Preis 29 €, FamRZ-Buch; 32, ISBN 978-3-7694-1060-0.

Seit 1. September 2009 ist die Patientenverfügung gesetzlich geregelt. Das Buch schafft bei noch offenen Fragen Klarheit. Nach einer Einführung mit Vorstellung der neuen Vorschriften (BGB/FamFG) geht es schwerpunktmäßig um die Errichtung und Anwendung einer Patientenverfügung. Das Werk enthält zahlreiche Beispiele und juristisch wie medizinisch fundierte Formulierungsvorschläge sowie eine Schautafel zur Vorgehensweise bei der Anwendung einer Patientenverfügung.

Pluta, **Insolvenzaufrechnung und der Grundsatz der par conditio creditorum**, 2009, XXXIV, 158 Seiten, Preis 44 €, Schriften zum deutschen, europäischen und vergleichenden Zivil-, Handels- und Prozessrecht; 248, ISBN 978-3-7694-1050-1.

Im Zentrum der Untersuchung steht die Analyse der Gründe, die eine bevorzugte Befriedigung der Aufrechnungsgläubiger in der Insolvenz rechtfertigen. Dabei werden dem deutschen Recht im Rahmen einer rechtsvergleichenden Analyse mit dem italienischen und dem englischen Recht gegensätzliche Modelle der Aufrechnung gegenüber gestellt. Die sich daran anschließende ökonomischen Analyse widmet sich den Grundlagen des Grundsatzes der par conditio creditorum und den Schlussfolgerungen, die sich daraus für die Insolvenzaufrechnung ergeben.

Kremer, **Das Prinzip der familiären Solidarität im Unterhaltsrecht des BGB**, mit Schwerpunkt nachehelicher Unterhalt, Schriften zum deutschen, europäischen und vergleichenden Zivil-, Handels- und Prozessrecht, Band 250, 2010, XXXVI, 215 Seiten, 58 €.

Das Gesetz zur Änderung des Unterhaltsrechts (UÄndG) hat große Bewegung in die unterhaltsrechtliche Diskussion gebracht. Der Autor entwickelt einen neuen Begründungsansatz, bei dem der nacheheliche Unterhalt nicht nur isoliert betrachtet, sondern in ein durchgängiges unterhaltsrechtliches Gesamtkonzept des BGB eingefügt wird, in dessen Mittelpunkt das Rechtsprinzip der familiären Solidarität steht. Dabei erarbeitet er verschiedene Kategorien unterhaltsrechtlicher Solidarität und zeigt die praktischen Konsequenzen dieser Unterscheidung im Gesetz auf. Vor allem für den nachehelichen Unterhalt leistet die Untersuchung eine umfassende Analyse der Struktur und Wirkungsweise des Prinzips der familiären Solidarität, grenzt es von dem herkömmlichen Verständnis einer „nachehelichen Solidarität“ ab und weist es anhand der zentralen Gesetzesnormen nach.

Die Untersuchung liefert auch eingehende Antworten auf zahlreiche praxisrelevante Fragen in der Anwendung des geltenden Unterhaltsrechts. Vor dem Hintergrund des Prinzips der familiären Solidarität beschäftigt sich der Autor z. B. ausführlich mit dem Maß des nachehelichen Unterhalts und bietet neue vereinfachende Lösungsvorschläge zum Problem der viel diskutierten wandelbaren ehelichen Lebensverhältnisse und den Surrogaten für Haus- und Familienarbeit. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Erarbeitung von Kriterien zur Anwendung der Unterhaltsbegrenzungs- und -verwirkungsvorschriften.

Eickmann/Böttcher, **Grundbuchrecht**, 5., völlig neu bearbeitete Auflage 2009, XIII, 193 Seiten, Preis 34 €, Rechtspfleger Studienbücher; 1, ISBN 978-3-7694-1039-6.

Die Neuauflage wurde in allen Teilen vollständig überarbeitet und aktualisiert. Manche Fälle sind komplett neu geschrieben worden, wie z. B. die Veränderungen beim Wohnungseigentum, dem Erbbaurecht. Themen wie die Behandlung der Sicherungsdienstbarkeiten zu Wettbewerbsbeschränkungen und die Verpfändung des Überweisungsanspruchs wurden aufgenommen.

Helms/Kieninger/Rittner, **Abstammungsrecht in der Praxis**, Materielles Recht, Verfahrensrecht, Medizinische Abstammungsbegutachtung, 2010, XXI, 210 Seiten, Preis 54 €, FamRZ-Buch; 33, ISBN 978-3-7694-1065-5.

Das Abstammungsrecht ist kompliziert und hat in den letzten Jahren grundlegende Änderungen erfahren (u. a. behördliches Anfechtungsrecht/isolierte Abstammungsklärung – neues FamFG-Verfahren – GenDG seit 1. Februar 2010). Daneben sind die unverzichtbaren Grundlagen zur genetischen Abstammung eine für Juristen äußerst schwer zu durchdringende Materie. Das Buch vereinigt sämtliche Gebiete, wie u. a. die Vaterschaft (Anerkennung, Feststellung, Anfechtung, Klärung ohne Statusfolgen mit Verfahrensteil einschl. Internationalem Recht sowie allen Nebenfragen), die Grundlagen der Medizinischen Abstammungsbegutachtung.

Gabler Verlag, Springer Fachmedien, Wiesbaden

Brinkmann, **Case Management**, Organisationsentwicklung und Change Management in Gesundheits- und Sozialunternehmen, 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage 2010, XVI, 337 Seiten, Preis 34,90 €, ISBN 978-3-8349-1854-3.

In unserem komplexen, hochgradig arbeitsteiligen Sozial- und Gesundheitssystem steigt mit zunehmendem Abstimmungs- und Vernetzungsbedarf auch die Bedeutung von Case Management-Modellen. Case Management ist ein Instrument personenbezogener Dienstleistungssteuerung zum Einsatz in der Pflege, der ambulanten und stationären Krankenversorgung, der Behindertenunterstützung, der wirtschaftlichen Jugendhilfe und in Sozialhilfesystemen. In diesem Buch werden die aktuellen Anforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten beschrieben. Zahlreiche Praxisbeispiele helfen bei der Umsetzung.

Kroll/Dzudzek, **Neue Wege des Gesundheitsmanagements**, „Der gesunderhaltende Betrieb“ – Das Beispiel Rasselstein, 2010, 273 Seiten, Preis 44,95 €, ISBN 978-3-8349-0938-1.

Einzelmaßnahmen in der betrieblichen Gesundheitsförderung zeigen nicht die gewünschten nachhaltigen Effekte. Die Rasselstein GmbH in Andernach, ein großer Weißblechhersteller und Tochter des ThyssenKrupp-Konzerns, hat als eines der ersten Unternehmen mit seinem Projekt „Der gesunderhaltende Betrieb“ auf betriebliches Gesundheitsmanagement als Unternehmensstrategie gesetzt. Damit werden wissenschaftliche Ansätze von Prof. B. Zimolong oder Prof. B. Badura erstmals umfassend betrieblich angewendet. Die Autoren schildern die Leitgedanken des Konzepts und erläutern beispielhaft die konkrete Umsetzung im Betrieb.

North/Friedrich/Bernhardt, **Die Gesundheitshebel**, Partizipierte Gesundheitsförderung in der Pflege, 2010, 187 Seiten, Preis 34,90 €, ISBN 978-3-8349-1515-3.

Pflegende suchen nach praktikablen Lösungen zur Prävention beruflicher Belastungen und Gesundheitsförderung. Die Autoren haben unter dem Begriff „Die Gesundheitshebel“ eine Methodik entwickelt und diese erfolgreich in die Praxis umgesetzt, mit dem Ziel, Gesundheitsförderung der professionell Pflegenden durch die Entwicklung von Gesundheitskompetenzen zu gestalten (www.alice-3p.de). Gesundheitskompetenzen beinhalten die Fähigkeiten, Belastungen zu erkennen, zu bewerten, Strategien zu entwickeln und Gesundheitsroutinen zu entwickeln, mit dem Ziel, die eigene Gesundheit zu fördern, zu erhalten und gegebenenfalls wieder herstellen zu können.

Schmidt, **Das Krankenhaus in der Beratung**, Recht, Steuern, Unternehmensbewertung, Rechnungslegung, 2010, 241 Seiten, Preis 49,90 €, ISBN 978-3-8349-1650-1.

Der Krankenhausmarkt ist im Wandel. Umstrukturierungen, Kooperationen oder gar Privatisierung kommen in den Fokus. Das vorliegende Werk nennt optimale Gestaltungsmodelle für die Beratung in Rechts- und Steuerfragen. Das Buch ist ein praxisnaher Ratgeber und deckt alle wichtigen Bereiche der Beratung im Krankenhaus und Health Care-Sektor ab.

Zimmermann/Schäfer, **Finanzmärkte nach dem Flächenbrand**, Warum es dazu kam und was wir daraus lernen müssen, 2010, 240 Seiten, Preis 29,95 €, ISBN 978-3-8349-2032-4.

Das Buch zeigt u. a. auf, wodurch der Steuerzahler zur „Geisel“ der Funktionsfähigkeit des internationalen Finanzsystems geworden ist, wie Schrottpapiere entsorgt werden sollten, das neue deutsche Bad-Bank-Gesetz aber am Ziel vorbeischießt, warum man keine sieben Landesbanken braucht, Förderbanken aber notwendig sind, wie Immobilienfinanzierung und Solvenz von Privathaushalten zusammenhängen, was die Regierung tun muss, damit der Flächenbrand auf den Finanzmärkten eine Jahrhundertkrise bleibt und sich nicht alle zehn Jahre wiederholt.

VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien, Wiesbaden

Bandelow/Eckert/Rüsenberg, **Gesundheit 2030**, Qualitätsorientierung im Fokus von Politik, Wirtschaft, Selbstverwaltung und Wissenschaft, 2010, 336 Seiten, Preis 39,90 €, ISBN 978-3-531-16804-3.

Die Akteure in der deutschen Gesundheitspolitik begründen ihre teilweise gegensätzlichen Forderungen unter anderem mit dem Ziel der Qualitätssteigerung. Das Buch bietet einen zusammenhängenden Überblick der jeweiligen Vorstellungen für ein qualitativ hochwertiges Gesundheitswesen der Zukunft. Originalbeiträge der zentralen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bieten die Grundlage der begleitenden politik- und kommunikationswissenschaftlichen Analysen.

Bittlingmayer/Sahrai/Schnabel, **Normativität und Public Health**, Vergessene Dimensionen gesundheitlicher Ungleichheit, 2009, 464 Seiten, Preis 49,90 €, ISBN 978-3-531-15620-0.

Wissenschaftliche Befunde über die Ungleichverteilung von Gesundheitsrisiken stoßen heute immer noch auf

Skepsis. Indem sie Gesundheitsförderungsprogramme initiieren, laufen die Gesundheitswissenschaften außerdem Gefahr, zur problematischen Standardisierung von Körperkonzepten oder Lebensstilen beizutragen und so beim neoliberalen Umbau der Gesellschaft mitzuhelfen. In den Beiträgen des Buches wird das normative Spannungsfeld zwischen Gleichheit und Standardisierung theoretisch und praxisbezogen ausgelotet und nach Wegen gesucht, um sich gegen Instrumentalisierungen jedweder Art zur Wehr zu setzen.

Kästner/Kießling, **Energie in 60 Minuten**, Ein Reiseführer durch die Stromwirtschaft, 2009, 120 Seiten, Preis 16,90 €, ISBN 978-3-531-17058-9.

Das Buch konzentriert die wichtigen Themenfelder einer zukunftsorientierten Energiepolitik, um ein Problembewusstsein für Energiefragen zu schaffen.

Richter/Hurrelmann, **Gesundheitliche Ungleichheit**, Grundlagen, Probleme, Perspektiven, 2., aktualisierte Auflage 2009, 485 Seiten, Preis 49,90 €, ISBN 978-3-531-16084-9.

Das Buch bietet einen umfassenden Überblick über Theorien, Forschungsergebnisse und Implikationen für Politik und Praxis. Es führt in die aktuelle Diskussion soziologischer und gesundheitswissenschaftlicher Erklärungen gesundheitlicher Ungleichheit ein, stellt innovative empirische Ergebnisse vor, diskutiert methodische Herausforderungen und zeigt Möglichkeiten auf, den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Gesundheit zu verringern. Mit Beiträgen führender Sozial- und Gesundheitswissenschaftler aus dem Forschungsfeld stellt dieses Buch umfangreiche Informationen zum Verständnis und zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheiten zur Verfügung.

Vieweg+Teubner Verlag, Springer Fachmedien, Wiesbaden

Pelte, **Die Zukunft unserer Energieversorgung**, Eine Analyse aus mathematisch-naturwissenschaftlicher Sicht, 2010, IV, 294 Seiten, Preis 24,95 €, STUDIUM, ISBN 978-3-8348-0989-6.

Das Buch bietet einen Überblick über die Bedeutung und Entwicklung der Weltenergieressourcen. Es vermittelt das naturwissenschaftliche Wissen, das zum Verständnis der Energiefrage notwendig ist. Anhand physikalischer Gesetze wird untersucht, in welchem Umfang erneuerbare Energien den Verlust an nichterneuerbaren Energien ersetzen können. Gleichzeitig definieren diese Gesetze eine Grenze, welche Wachstumsprozesse auf der Erde nicht überschreiten dürfen.

Lampe, **Green-IT, Virtualisierung und Thin Clients**, Mit neuen IT-Technologien Energieeffizienz erreichen, die Umwelt schonen und Kosten sparen, 2010, XVI, 196 Seiten, Preis 39,90 €, Praxis, ISBN 978-3-8348-0687-1.

Thin Clients und Virtualisierung bzw. Server Based Computing bieten eine ökologisch wie ökonomisch außerordentlich vorteilhafte Alternative zu klassischen PC-Netzwerken. Das Buch ermöglicht einen schnellen Einstieg in die Grundlagen dieser Technologien und legt die ökonomischen und insbesondere ökologischen Vorteile dar, u. a. basierend auf aktuellen Studien des Fraunhofer Instituts UMSICHT. Anhand von Praxisfällen werden die erzielten Einsparungen und Umweltvorteile aufgezeigt.

Haufe-Mediengruppe, Freiburg u. a.

Bertram/Brinkmann/Kessler/Müller, **Haufe HGB Bilanz Kommentar in Bayern**, §§ 238–342 HGB, inkl. DVD und Zugang zur stets aktuellen Online-Version, 2010, 2.691 Seiten, Preis 179 €, ISBN 978-3-448-09344-5.

Der praxisorientierte Kommentar führt durch die Neuerungen des BilMoG. Das Werk befasst sich u. a. mit den tiefgreifenden Veränderungen der Regelungen zur Bilanzierung und Prüfung, der zentralen Ansatz-, Bewertungs- und Konsolidierungsvorschriften, der Rückstellungsbeurteilung etc. Alle wichtigen Rechtsquellen, z. B. aus HGB, EGHGB, EStG, AktG sowie Verwaltungsanweisungen und Entscheidungen sind im Volltext vorhanden. Die beigelegte DVD bietet Checklisten, eine schnelle Suche und mit den Kommentierungen verlinkte Urteile und geänderte Gesetzestexte. Alle Inhalte stehen auch im Online-Zugriff zur Verfügung.

von Wietersheim/Schranner, **Das neue Vergaberecht**, neue Vorschriften zur Vergabe öffentlicher Aufträge, inkl. CD-ROM, 2010, 180 Seiten, Preis 39,80 €, ISBN 978-3-448-09242-4.

Das Buch zeigt öffentlichen Auftraggebern, Unternehmen und deren Beratern, was sich bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zukünftig ändert. Es werden die völlig neu gefassten Vorschriften der Vergabeordnungen VOB/A, VOL/A und VOF und die geänderte Vergabeverordnung VgV erläutert. Das Werk enthält Arbeitshilfen wie Checklisten zum Ablauf des Vergabeverfahrens, Beispielformulare für Vergabebekanntmachungen, Vertragsmuster. Die CD-ROM beinhaltet eine Gegenüberstellung alte/neue Rechtslage, Gesetzestexte, Arbeitshilfen.

Duncker & Humblot Verlag, Berlin

Bohne/Kloepfer, **Das Projekt eines Umweltgesetzbuchs 2009**, 2009, 163 Seiten, Preis 78 €, Schriften zum Umweltrecht; 165, ISBN 978-3-428-13173-0.

Der Tagungsband enthält Beiträge aus Rechtswissenschaft, Verwaltung, Ministerien und Politik. Von den Autoren werden darin die Notwendigkeit einer Kodifikation als Mittel zur guten Gesetzgebung und als Beitrag zur Entbürokratisierung, aber auch politische und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für eine Umweltrechtskodifikation beleuchtet. Andere Autoren befassen sich mit der während der Entwurfserarbeitung besonders umstrittenen integrierten Vorhabengenehmigung. Daneben werden die besonderen Teile des Entwurfs z. B. über das Wasserrecht und das Naturschutzrecht sowie die Folgen einer Umweltrechtskodifikation für das nicht-kodifizierte Umweltrecht und das Umweltrecht der Länder diskutiert. Der Band bietet mit dem Protokoll der abschließenden Podiumsdiskussion einen Einblick in die Standpunkte der Industrie- und Umweltverbände zum Projekt eines Umweltgesetzbuchs.

Krüper, **Gemeinwohl im Prozess**, Elemente eines funktionalen subjektiven Rechts auf Umweltvorsorge, 2009, 389 Seiten, Preis 78 €, Schriften zum Öffentlichen Recht; 1147, ISBN 978-3-428-12451-0.

Der Autor untersucht verfassungs- wie verwaltungs-, verfahrens- und materiellrechtliche Elemente eines funktionalen subjektiven Umweltvorsorgerechts. Dessen sozialphilosophischen Kontext thematisiert er im Hinblick auf die Einbindung des Einzelnen in einen grundrechtlichen Zusammenhang intergenerationeller Gerechtigkeit. Gren-

zen der Funktionalisierung subjektiver Rechte werden vom Standpunkt der Grundrechtsstatuslehre aus beschrieben. Das Werk wurde mit dem Preis der Düsseldorfer Goethe-Buchhandlung für die beste Dissertation des Jahres 2006 an der juristischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität ausgezeichnet.

Pollmann, **Der verfassungsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz im öffentlichen Vergaberecht**, 2009, 190 Seiten, Preis 68 €, Schriften zum Öffentlichen Recht; 1136, ISBN 978-3-428-13084-9.

Der Autor untersucht zunächst, welche Auswahlkriterien und Verfahrensgestaltungen gleichheitsgerecht sind. Dabei entwickelt er anhand einer Analyse vergaberechtlicher Einzelprobleme die These, dass der Wirtschaftlichkeitsgrundsatz des Haushaltsrechts als Quelle gleichheitskonformer Differenzierungskriterien eine überragende Rolle einnimmt. Im zweiten Teil wird der Primär- und Sekundärrechtsschutz beleuchtet. Anders als das Bundesverfassungsgericht hält er die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG für einschlägig und leitet aus dieser Vorschrift einen weiter gehenden Primärrechtsschutz ab, als ihn die Gerichte im öffentlichen Vergaberecht derzeit gewähren.

Schüffner/Schnall, **Hypertrophie des ärztlichen Sozialrechts**, Verfassungs- und europarechtliche Grenzen sozialrechtlicher Regelungen des (zahn-)ärztlichen Berufsrechts anhand ausgewählter Beispiele, 2009, 94 Seiten, Preis 52 €, Schriften zum Gesundheitsrecht; 18, ISBN 978-3-428-13122-8.

Der Bundesgesetzgeber hat unter Rückgriff auf die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für die Sozialversicherung in immer größerem Ausmaß Regelungen geschaffen, die das ärztliche Berufsrecht tangieren. Die Autoren beleuchten die verfassungs- und europarechtlichen Grenzen solcher sozialrechtlicher Bestimmungen des (zahn-)ärztlichen Berufsrechts anhand ausgewählter Beispiele. Sie untersuchen die Vereinbarkeit verschiedener sozialrechtlicher Regelungen des ärztlichen Berufsrechts mit den Grundrechten der Ärzte und den einschlägigen Staatsstrukturprinzipien des Grundgesetzes. Dabei erörtern sie auch die europarechtlichen Bezüge.

Von Trotha, **Stress am Arbeitsplatz – Haftung des Arbeitgebers auf Schadensersatz für hieraus resultierende Gesundheitsschäden?**, Ein Beitrag zur Entwicklung eines Haftungsmodells unter besonderer Berücksichtigung der britischen Rechtsprechung zu dieser Frage, 2009, 331 Seiten, Preis 88 €, Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht; 281, ISBN 978-3-428-13105-1.

Der Autor entwickelt ein Modell für die schadensersatzrechtliche Haftung des Arbeitgebers – sofern arbeitsplatzbezogener Stress eine Gesundheitsverletzung hervorgerufen hat. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die mittlerweile gefestigte britische Rechtsprechung zu diesem Problem, in der eine solche Haftung anerkannt wird. Daraus ergibt sich die Frage, wie die haftungsrechtliche Situation im deutschen Recht zu beurteilen ist. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Untersuchung der Verletzung der Schutzpflicht des Arbeitgebers. Im Ergebnis kann dabei durchaus eine Haftung des Arbeitgebers angenommen werden, vorausgesetzt dieser hat bei einer hinreichend erkennbaren drohenden Gesundheitsverletzung nicht alle möglichen und verhältnismäßigen Schutzmaßnahmen zugunsten des Arbeitnehmers getroffen.

Zimmermann, **Sozialversicherung und Privatversicherung im Kompetenzgefüge des Grundgesetzes**, Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung, 2009, 539 Seiten, Preis 98 €, Schriften zum Gesundheitsrecht; 19, ISBN 978-3-428-12830-3.

Der immensen Bedeutung der Sozialversicherung trägt das Grundgesetz durch ein spezifisches Kompetenzgefüge hinsichtlich Gesetzgebung, Verwaltung und Organisation sowie Lastenverteilung Rechnung. Der Autor untersucht diesen Verfassungsrahmen und beleuchtet zudem denjenigen für soziale Absicherung durch die Privatversicherung. Das Werk beantwortet systematisch Fragen wie z. B. wie weit der Privatversicherung Elemente einer Sozialversicherung auferlegt werden können, ob eine „Bürgerversicherung“ noch kompetenzgemäß wäre, und leistet einen Beitrag zu den Grundlagen der Sozialversicherung wie auch der Privatversicherung. Vor dem Hintergrund anhaltender Reformdiskussionen bietet das Werk zudem einen kompetenten Leitfaden für künftige Aus- und Umgestaltungen der sozialen Sicherungssysteme.

De Gruyter Verlag, Berlin

Löwe/Rosenberg, **StPO – Die Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz**, Großkommentar, 26., neu bearbeitete Auflage, **Band 6/Teil 1: §§ 213–255a**, 2010, LXIV, 1.160 Seiten, Preis 259,95 €, ISBN 978-3-89949-485-3.

Der Band hat durchgehend den Bearbeitungsstand 31. August 2009, teilweise konnte auch noch die später erscheinende Rechtsprechung und Literatur berücksichtigt werden. Er beschäftigt sich ausführlich mit der Thematik des Verfahrens im Ersten Rechtszug. Mit den Kapiteln Vorbereitung der Hauptverhandlung und Hauptverhandlung. Zahlreiche Literaturhinweise und ein umfangreiches Literaturverzeichnis bieten die Möglichkeit zur Vertiefung in die Materie.

Bruck/Möller, **VVG – Versicherungsvertragsgesetz**, Großkommentar, 9., völlig neu bearbeitete Auflage, **Band 3: §§ 74–99, Einführung**, 2010, XXX, 740 Seiten, Preis 124,95 €, ISBN 978-3-89949-505-8.

Der dritte Band des renommierten Großkommentars befasst sich ausführlich mit dem Kapitel der Schadensversicherung und den Bereichen der Allgemeinen Vorschriften und der Sachversicherung. Das Buch berücksichtigt durchgängig die Rechtsprechung und das Schrifttum bis September 2009, im Einzelfall auch darüber hinaus. Zahlreiche Literaturhinweise bieten die Möglichkeit zur Vertiefung in die Materie.

Staub, **HGB – Handelsgesetzbuch**, Großkommentar, 5., völlig neu bearbeitete Auflage, **Band 2: §§ 48–104**, 2008, XXVI, 1.881 Seiten, Preis 228 €, ISBN 978-3-89949-408-2, **Band 3: §§ 105–160**, 2009, XXVII, 1.485 Seiten, Preis 214,95 €, ISBN 978-3-89949-409-9.

Das Werk ist einer der ältesten deutschsprachigen Kommentare zum Handelsrecht und gilt als der umfassendste, vollständigste und bedeutendste Großkommentar zum Handelsrecht einschließlich zahlreicher Nebengebiete. Band 2 befasst sich mit der Prokura und Handelsvollmacht, den Handlungsgehilfen und Handlungslehrlingen, dem Handelsvertreter sowie dem Handlungsmakler. Band 3 beschäftigt sich mit der offenen Handelsgesellschaft, der

Errichtung der Gesellschaft, dem Rechtsverhältnis der Gesellschafter untereinander, dem Rechtsverhältnis der Gesellschafter zu Dritten, der Auflösung der Gesellschaft und Ausscheiden von Gesellschaftern, der Liquidation, der Verjährung und der zeitlichen Begrenzung der Haftung. Zahlreiche Literaturhinweise helfen bei der Vertiefung in die Materie.

Krukemeyer/Möllenhoff, **Endoprothetik**, 2009, XIV, 244 Seiten, Preis 59,95 €, Leitfäden für den Praktiker, ISBN 978-3-11-020642-5.

Das praxisorientierte Fachbuch behandelt die Endoprothetik und ihr Potential für die Zukunft umfassend. Es informiert genau über Indikationen und Kontraindikationen, Pro und Kontra verschiedener OP-Verfahren, Art und Material von Endoprothesen, Schmerztherapie, Kosten, postoperative Probleme, Infektionen, Risiken, notwendige Medikamente, Dauer der Medikation und die postoperative Betreuung der Patienten. Das Werk enthält eine farblich unterlegte Randspalte, die es ermöglicht, das Wesentliche im Schnellverfahren zu erfassen.

Meden, **Mammakarzinom**, Neue Aspekte zur Diagnostik und Therapie, 2009, XII, 68 Seiten, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-11-019518-7.

In dem Buch werden die neuesten Konzepte zum Mammakarzinom gut verständlich zusammengestellt. Es bietet einen Überblick über aktuelle Entwicklungen zum Mammakarzinom. Im Vordergrund steht dabei der praktische Nutzen für die erkrankten Frauen.

Richard Boorberg Verlag, München

Baumgartner/Jäde/Kupfahl, **Das Bau- und Wohnungsrecht in Bayern**, Sammlung der in Bayern geltenden bundes- und landesrechtlichen Vorschriften mit Kommentaren zum Baugesetzbuch, zur Bayerischen Bauordnung und zur Baunutzungsverordnung, Loseblattwerk, 223. und 224. Lieferung, Stand Oktober 2009, etwa 5.780 Seiten, einschl. 5 Ordner, Preis 139 €, ISBN 3-415-00602-6.

Bergmann, **Datenschutzrecht**, Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz, den Datenschutzgesetzen der Länder und zum Bereichsspezifischen Datenschutz, Loseblattwerk, 40. Lieferung, Stand November 2009, etwa 3.280 Seiten, einschl. 3 Ordner, Preis 84 €, inkl. CD-ROM, ISBN 978-3-415-00616-4.

Lademann, **Kommentar zum Einkommensteuergesetz mit Nebengesetzen**, In Zusammenarbeit mit Betriebs-Berater, Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, Loseblattwerk, 173. Lieferung, Stand März 2010, etwa 14.950 Seiten, einschl. 13 Ordner, Preis 164 €, ISBN 3-415-02393-1.

Clemens/Scheuring/Steingen, **Kommentar zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)**, 26. bis 28. Lieferung, Stand April 2010, Loseblattwerk etwa 5.380 Seiten, einschl. 5 Ordner, Preis 125 €, ISBN 3-415-03757-6, edition moll.

Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese, **Kommentar zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD)**, 34. bis 37. Lieferung, Stand Februar 2010, Loseblattwerk etwa 6.970 Seiten, einschl. 7 Ordner und CD-ROM „TVöD onClick“, Preis 148 €, ISBN 3-415-03622-7, edition moll.

Herausgeber/Redaktion:

Bayerisches Staatsministerium des Innern
 Odeonsplatz 3, 80539 München
 Telefon (0 89) 21 92-01
 E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek
 Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech
 Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech
 Telefon (081 91) 126-725
 Telefax (081 91) 126-855
 E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern“ www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern“ ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern“ entnommen werden.

ISSN 1867-9072

Bedane, **Leitsatzsammlung zum bayerischen Kommunalabgabenrecht**, 19. und 20. Lieferung, Stand Dezember 2009, Loseblattwerk etwa 2.070 Seiten, einschl. 2 Ordner, Preis 71 €, ISBN 3-415-02742-2.

Jäde/Dirnberger/Bauer/Weiß, **Die neue Bayerische Bauordnung**, Kommentar, 43. und 44. Lieferung, Stand November 2009, Loseblattwerk, etwa 2.310 Seiten, einschl. 3 Ordner, Preis 96 €, ISBN 3-415-01941-1.

Purzer/Haertle, **Das Rechnungswesen der Krankenhäuser**, Handkommentar, 47. Lieferung, Stand Oktober 2009, Loseblattwerk, etwa 1.730 Seiten, einschl. 1 Ordner, Preis 92,50 €, ISBN 3-415-00646-8.

Krase/Thür, **Sozialversicherungs-Vorschriften**, 52. Lieferung, Stand 25. Januar 2010, Loseblattwerk einschl. Ordner, etwa 1.980 Seiten, Preis 39 €, ISBN 3-415-01358-8.

Brandhuber/Theobald/Typelt, **Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern – VSV**, 119. bis 121. Lieferung inkl. CD-ROM, Stand 31. März 2010, Loseblattwerk etwa 8.700 Seiten, einschl. 3 Ordner, Preis 74 €, ISBN 3-415-00590-9.

Brandhuber/Theobald/Typelt, **Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern – VSV Ergänzungsband**, 68. bis 72. Lieferung, Stand 15. Januar 2010, Loseblattwerk, etwa 1.380 Seiten, einschl. Ordner, Preis 24 €, ISBN 3-415-00620-4.

Drost, **Das Wasserrecht in Bayern**, 69. Lieferung, Stand Juli 2009, Loseblattwerk etwa 6.940 Seiten, einschl. 4 Ordner, Preis 124 €, ISBN 978-3-415-00597-6.

Drost, **Das neue Wasserrecht in Bayern**, Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – Bayerisches Wassergesetz (BayWG) – Verordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VUmwS). Kommentare mit Vorschriftensammlung zum Europa-, Bundes- und Landesrecht Stand März 2010, Loseblattwerk etwa 3.190 Seiten, einschl. 3 Ordner, Preis 148 €, ISBN 978-3-415-04485-2.

Das Werk bietet praxisgerechte Kommentierungen und eine an den Belangen des Vollzugs ausgerichtete Vorschriftensammlung des Bundes- und Landesrechts. Zur

zeit besteht die Loseblattausgabe aus drei Bänden: Band I beinhaltet einen Vollkommentar zu den neuen Regelungen des WHG, Band III die für den Verwaltungsvollzug relevanten wasserrechtlichen Vorschriften und Band IV die für den gesamten Bereich des Wasserrechts landesrechtlich einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien. In Kürze wird das Werk im Rahmen einer Ergänzungslieferung um Band II, einen Vollkommentar zum neuen BayWG, ergänzt. Band V erscheint zeitnah zum Erlass der VUmwS ebenfalls im Rahmen einer Ergänzungslieferung und kommentiert die entsprechenden Regelungen.

Drost, **Das neue Wasserhaushaltsrecht WHG (2010)**, Einführung mit Gesetzestext, Entsprechungstabelle und Synopse zum alten WHG, 2010, 216 Seiten, Preis 23,80 €, ISBN 978-3-415-04411-1.

Das Buch hilft die Beziehungen zwischen neuem Recht (gilt seit 1. März 2010) und altem Recht zu erkennen. Es verschafft einen schnellen Überblick, wo das neue WHG tatsächlich Neues regelt und wo es die bestehenden Regelungen übernimmt. Die Einführung gibt einen systematischen Überblick und thematisiert neue und übernommene Regelungen.

Vorschriftensammlung für die Polizeiausbildung in Bayern, 159. bis 161. Lieferung, Stand April 2010, Preis 35,80 €.

Taurus, **Polizeiadressbuch für das Bundesgebiet**, 65. bis 67. Lieferung, Stand Mai 2010, Preis 31,16 €.

Klaus Neidhardt (Hrsg.), Roland Desch u. a., **Handbuch für Führung und Einsatz der Polizei**, 41. Lieferung, Stand August 2009, Preis 38,10 €.

Oehler/Wagner/Endres/Forster/Pemler, **Bayerisches Feuerwehrgesetz**, 35. Lieferung, Stand Januar 2010.

Verlag für Standesamtswesen, Frankfurt am Main

Brandhuber/Zeyringer, **Standesamt und Ausländer**, 35. Lieferung, Stand Januar 2010, Preis 38,90 €.